



Nein zur EU – Dienstleistungsrichtlinie!

Im Februar 2006 wird im Europäischen Parlament die Lesung des vom EU-Binnenmarktausschuss vorgelegten Entwurfs der EU-Dienstleistungsrichtlinie stattfinden. Ziel der Dienstleistungsrichtlinie ist es, die Entwicklung des Dienstleistungsbinnenmarktes zu fördern.

Die Gewerkschaften befürworten einen Dienstleistungsbinnenmarkt, der systematisch auf der Harmonisierung der Rahmenbedingungen und auf transparenten, gemeinsamen Regelungen aufbaut.

Der vorgelegte Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie, der an dem Herkunftslandsprinzip festhält, wird von den Gewerkschaften abgelehnt.

Das Herkunftslandsprinzip und ein unpräziser Niederlassungsbegriff öffnen einem Missbrauch Tür und Tor. Über Briefkastenfirmen kann die Dienstleistungsfreiheit missbraucht, und national geltende Arbeits- und Sozialstandards können ausgehebelt werden. Die geringfügigen Verbesserungen zur Kontrollfähigkeit der Staaten am Ort der Dienstleistungserbringung sind unzureichend, denn es bleibt die Schwierigkeit, nach 25 unterschiedlichen Rechtsordnungen kontrollieren zu müssen. Die Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern innerhalb der Europäischen Union muss generell nach dem Arbeitsortprinzip geregelt werden. Ebenso gilt es, die grenzüberschreitende Leiharbeit und die Tätigkeit von Leiharbeitsagenturen aus dem Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie auszugliedern.

Fairer Wettbewerb ist grenzüberschreitend nur möglich, wenn für die Marktteilnehmer an den unterschiedlichen Standorten vergleichbare Rahmenbedingungen herrschen. Dumping muss bei Löhnen, Sicherheits-, Bildungs- und Qualitätsstandards ausgeschlossen bleiben.

Der DGB Bezirk Sachsen und seine Gewerkschaften fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, den vom Binnenmarktausschuss vorgelegten Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie im weiteren Gesetzgebungsverfahren grundlegend zu überarbeiten.

Stimmen zur EU-Dienstleistungsrichtlinie:

„Wir brauchen verbindliche soziale Standards in der Europäischen Union. Europa darf nicht nur als Wirtschaftsraum, sondern muss als Lebens- und Arbeitsraum für die Bevölkerung erfahrbar sein“, so der DGB-Vorsitzende *Hanjo Lucassen*.

Veranstaltungshinweise

10.01.2006, Dresden

Veranstaltung der Gewerkschaften zur EU-Dienstleistungsrichtlinie
„Dienstleistungen in der Europäischen Union - Chancen und Grenzen des Wettbewerbs in einem Sozialen Europa“

04.02.2006, Zwickau

DGB - Bezirkskonferenz

„Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“

14.02.2006, Strassburg

Zentraler Protesttag gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie vor dem Europäischen Parlament

„Das Herkunftslandsprinzip führt zu einem negativen Wettbewerb der Rechtsordnungen, deshalb befürworten wir es nur für den Marktzugang. Für die Ausübung der Dienstleistung muss das Recht des Bestimmungslandes gelten. Auch sollten funktionierende Sonderbestimmungen, wie Anerkennungsrichtlinie und Entsenderichtlinie weiterhin gelten und damit von der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen werden, erläutert *Peter Zogelmann*, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Dresden.

„Den Entwurf dieser Richtlinie hielt ČMKOS von Anfang an für nicht akzeptabel, weil er insbesondere mit seinem Herkunftslandprinzip die Wahrung des europäischen Sozialmodells gefährdet, gegen die Arbeitsstandards in den einzelnen EU-Ländern missbraucht werden kann, den sozialen Dialog und die Tarifverhandlungen substantiell beeinträchtigt“, so *Zdeněk Málek*, stellvertretender Vorsitzender der Böhmisches-Mährischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände

Weitere Informationen unter:



www.dgb-sachsen.de

www.dienstleistungsrichtlinie.dgb.de

www.eu.dgb.de



Unterstützung über Grenzen hinweg

Im Rahmen einer deutsch-tschechischen Veranstaltung zum Europäischen Verfassungsvertrag und zur EU-Dienstleistungsrichtlinie am 21. und 22.10.2005 in Děčín verständigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Deutschland und Tschechien darauf, grenzüberschreitend für soziale Standards einzustehen, sich gegenseitig zu unterstützen und das IGR Netzwerk für die gegenseitige Unterstützung bei der Einhaltung sozialer Standards sowie der Ansiedlung von Unternehmen zu nutzen. Gerade vor dem Hintergrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie müssen die Gewerkschaften europäisch und interregional stärker zusammenarbeiten, so Hanjo Lucassen, Vorsitzender des DGB Bezirk Sachsen und amtierender Präsident des Interregionalen Gewerkschaftsrates Elbe-Neiße.



Miroslav Tlapák, Hanjo Lucassen, Gisela Kallenbach, MdEP, Richard Falbr, MdEP (von rechts nach links).

Plattform Europäische Union

Unter diesem Namen führen die Interregionalen Gewerkschaftsräte Elbe-Neiße, Viadrina und Pomerania unter Leitung des DGB Bezirk Sachsen sechs Europaforen im Grenzraum durch.

Nach der Durchführung von Veranstaltungen zur Europäischen Verfassung und zur EU-Dienstleistungsrichtlinie sind für das Frühjahr 2006 weitere bi- und trilaterale Veranstaltungen in Dresden, Görlitz, Stettin und Cottbus geplant. Themen werden sein: Die Europäische Struktur- und Regionalpolitik, die Beschäftigungssituation von Frauen in der EU, die Lissabonstrategie und Europäische Beschäftigungsstrategie und grenzüberschreitende Strategien in der Wasserwirtschaft. Aktuelle Informationen zu dem Projekt und den Veranstaltungen: www.dgb-sachsen.de und www.igr-elbe-neisse.org

NEWS & Personalien

Wir bedanken uns bei unseren Partnern in Deutschland, Tschechien und Polen für die gute Zusammenarbeit im Jahr 2005 und wünschen allen Leserinnen und Lesern eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins Jahr 2006.

Gesetzliche Mindeststandards - Broschüre

Wie muss ein Arbeitsvertrag in Deutschland aussehen? Wie viele Urlaubstage stehen mir als Arbeitnehmer in Tschechien zu? Wie ist der Kündigungsschutz in Polen geregelt? Auf diese und viele andere Fragen gibt die vom DGB Bezirk Sachsen veröffentlichte Broschüre zu arbeitsrechtlichen Bedingungen und gesetzlichen Mindeststandards in Deutschland, Tschechien und Polen Antwort.

Die Broschüre liegt in deutscher, tschechischer und polnischer Sprache vor und ist zu bestellen bei: DGB Bezirk Sachsen, Abt. Europapolitik, Schützenplatz 14, 01067 Dresden, anna.bernstorf@dgb.de

Download unter
www.igr-elbe-neisse.org
www.meror-labe-nisa.org
www.mrz-laba-nysa.org

Europawoche 2006

Wie die Europaministerkonferenz am 26. Oktober 2005 in Berlin beschlossen hat, wird die Europawoche vom 5. bis 14. Mai 2006 stattfinden. Bereits seit elf Jahren wird in Deutschland die Europawoche durchgeführt.

Thematische Schwerpunkte sollen neben anderen aktuellen Hauptthemen der europäischen Politik insbesondere die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags, die Reform der Europäischen Union und die nächsten Schritte der Erweiterung sein. Aber auch der Finanzrahmen der EU 2007 bis 2013 und die damit in Zusammenhang stehenden Strukturfonds in Sachsen ist ein Thema.

In Sachsen besteht in begrenztem Umfang die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden im Rahmen der „Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei zur Förderung von Veranstaltungen und Projekten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und zur Förderung von Veranstaltungen des Europagedankens“ (Sächsisches Amtsblatt Nr. 52 vom 27.12.2001).

Die Anträge müssen bis 28.02.2006 an das jeweils zuständige Regierungspräsidium in Dresden, Chemnitz oder Leipzig gerichtet werden. Weitere Informationen zur Europa-Woche im Freistaat Sachsen gibt es in der Sächsischen Staatskanzlei unter: Tel.: 0351/564 1382 oder Bernd.Merzdorf@dd.sk.sachsen.de